



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 17. November 2003 (17.12)
(OR. fr)

15015/03

PUBLIC 10

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
OKTOBER 2003

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Oktober 2003 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Oktober 2003 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "Transparenz" - "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-Mail (transparency@consilium.eu.int) angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

OKTOBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2529. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 2./3. Oktober 2003 Beschluss des Rates zur Änderung von Artikel 40 Absätze 1 und 7 des Übereinkommens zur Durchführung des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen	9429/02 + COR 1	185/03, 186/03	Einstimmigkeit
2530. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 7. Oktober 2003 Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG hinsichtlich der Vorschriften über den Ort der Lieferung von Gas und Elektrizität	11314/03 + COR 1 (sv) + COR 2 (fr) + REV 1 (el)	187/03, 188/03	Einstimmigkeit

OKTOBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
a) Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92	6522/03 + COR 1 (de) + COR 2 (fr,it,nl,en,da,el,es,pt,fi,sv) + COR 3 (fi) + ADD 1 OC 578	189/03, 190/03	Einstimmigkeit
b) Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/799/EWG des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten und indirekten Steuern	6930/03 + COR 1 (en) + COR 2 + COR 2 REV 1 (de) + COR 3 (sv) + COR 4 + COR 5 (de) + ADD 1 OC 579		Einstimmigkeit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2803/2000 zur Eröffnung und Aufstockung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte Fischerei- erzeugnisse	12841/03 + COR 1 REV 1 (nl)		Qualifizierte Mehrheit

OKTOBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2531. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 9. Oktober 2003 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur tatsächlichen oder beabsichtigten Verwendung in oder auf Lebensmitteln	PE-CONS 3644/03	191/03	Enthaltung UK Qualifizierte Mehrheit
2534. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 13. Oktober 2003 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2596/97 zur Verlängerung des Zeitraums nach Artikel 149 Absatz 1 der Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens	13351/03		Einstimmigkeit
2535. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 20. Oktober 2003 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Typgenehmigung von Einrichtungen für indirekte Sicht und von mit solchen Einrichtungen ausgestatteten Fahrzeugen sowie zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG und zur Aufhebung der Richtlinie 71/127/EWG	PE-CONS 3677/03		Qualifizierte Mehrheit

OKTOBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2536. Tagung des Rates (Umwelt) vom 27. Oktober 2003			
- Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates über die Gemeinschaftsmarke, um den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zu dem am 27. Juni 1989 in Madrid angenommenen Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken wirksam werden zu lassen - Beschluss des Rates über die Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zu dem am 27. Juni 1989 in Madrid angenommenen Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken	12813/03 + COR 1 (es) + COR 2 (fr) + REV 1 (fi) + REV 2 (nl) 12812/03	192/03	Einstimmigkeit
Richtlinie des Rates zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom	8500/03 + COR 1 (nl) + COR 2 (sv) + COR 3 (de) + REV 1 (da)	193/03, 194/03, 195/03, 196/03, 197/03, 198/03, 199/03, 200/03, 201/03, 202/03, 203/03, 204/03	Qualifizierte Mehrheit
Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Annahme eines Mehrjahresprogramms (2003–2005) zur Verfolgung der Umsetzung des Aktionsplans eEurope 2005, zur Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und zur Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit (MODINIS)	PE-CONS 3678/03		Qualifizierte Mehrheit

OKTOBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Weiterverwendung und kommerzielle Nutzung von Dokumenten des öffentlichen Sektors	PE-CONS 3679/03		Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 185/03

Erklärung der deutschen und der griechischen Delegation

"Was die grenzüberschreitende Observation anderer Personen als den Tatverdächtigen betrifft, wenden Deutschland und Griechenland den Artikel 40 Absatz 1 SDÜ nur an, wenn die Anforderungen des Artikels 17 Absatz 1 des zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen erfüllt sind."

ERKLÄRUNG 186/03

Erklärung der deutschen Delegation

"Die Bundesrepublik Deutschland wird dafür Sorge tragen, dass der Inhalt des Beschlusses zeitnah in innerstaatliches Recht umgesetzt wird."

ERKLÄRUNG 187/03

Erklärung des Rates und der Kommission

"Der Rat und die Kommission kommen überein, die Behandlung von Finanzderivaten wie beispielsweise nicht standardisierten Termingeschäften (forwards), Terminkontrakten (futures) und Optionen im Zusammenhang mit Gas, das über das Erdgasverteilungsnetz geliefert wird, und Elektrizität dann zu erörtern, wenn die Behandlung aller Finanzderivate überprüft wird."

ERKLÄRUNG 188/03

Erklärung des Rates

"Der Rat vermerkt, dass die Kommission für den Fall, dass die Liberalisierung der Elektrizitäts- und Gasmärkte bis zum 1. Juli 2007 nicht vollendet sein sollte, zusagt, das Funktionieren der MWSt-Regelung für die Lieferung von Elektrizität und Gas zu prüfen und binnen der darauf folgenden drei Monate dem Rat und dem Europäischen Parlament einen Bericht zu unterbreiten. Die Kommission wird erforderlichenfalls einen Vorschlag für angemessene Maßnahmen im Hinblick darauf vorlegen, dass alle auf die MWSt-Vorschriften in diesem Sektor zurückzuführenden Wettbewerbsverzerrungen bis Ende 2007 beseitigt werden."

ERKLÄRUNG 189/03

Erklärung der Kommission

"Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Rat einstimmig einen Text für eine Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, die auf Artikel 93 gestützt ist, und für eine Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten und indirekten Steuern, die auf die Artikel 93 und 94 des Vertrags gestützt ist, angenommen hat. Sie bekräftigt ihre Auffassung, dass entsprechend ihrem ursprünglichen Vorschlag Artikel 95 des Vertrags die Rechtsgrundlage bilden sollte. Die Kommission verweist darauf, dass das Hauptziel der Verordnung und der Richtlinie nicht in der Harmonisierung steuerlicher Bestimmungen besteht, sondern darin, den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu regeln."

ERKLÄRUNG 190/03

Erklärung der Kommission und des Rates

"Die Kommission und der Rat erklären, dass die Änderung des Artikels 27 Absatz 4 lediglich darauf abzielt, die Möglichkeit zur Überprüfung der MWSt-Identifizierungsnummer auf Personen auszudehnen, die Dienstleistungen im Sinne des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe e letzter Gedankenstrich der sechsten MWSt-Richtlinie erbringen, und nicht darauf, die bestehenden Überprüfungsverfahren der Mitgliedstaaten zu ändern."

ERKLÄRUNG 191/03

Erklärung des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich unterstützt die in dem Vorschlag für eine Verordnung über Raucharomen zur tatsächlichen oder beabsichtigten Verwendung in oder auf Lebensmitteln enthaltenen Maßnahmen für die Lebensmittelsicherheit. Wir können jedoch die Annahme des Vorschlags nicht unterstützen, da wir Bedenken dagegen hegen, dass Artikel 308 des Vertrags nicht in der Rechtsgrundlage der Verordnung genannt wird. Das hier angewandte Zulassungsverfahren ähnelt sehr dem "zentralisierten" Verfahren der Kommission, das nach dem Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates der Rechtsgrundlage des Artikels 308 bedarf. Das Vereinigte Königreich behält sich sein weiteres Vorgehen nach Maßgabe der Zweckdienlichkeit vor."

ERKLÄRUNG 192/03

Erklärung der Kommission, des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten

Erklärung zu Artikel 3 des Beschlusses

"Die Kommission, der Rat und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten weisen erneut darauf hin, dass für die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane die sich aus dem Gutachten 1/94 des Gerichtshofs ergebende Verpflichtung zur Zusammenarbeit besteht, wenn bei künftigen Verhandlungen in der Versammlung der Madrider Union Fragen behandelt werden, die in die gemeinsame Zuständigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten fallen."

ERKLÄRUNG 193/03

Erklärung des Rates und der Kommission

Staatliche Beihilfen

"Um die Rechtsunsicherheit, die sich aus der Anwendung der Regeln über staatliche Beihilfen ergibt, zu verringern, kommen der Rat und die Kommission über Folgendes überein:

- Die Energiebesteuerungsrichtlinie steht mit den Zusagen der Gemeinschaft, die Umweltbelange in den Bereich der Energiebesteuerung einzubeziehen, in Einklang und wird das Funktionieren des Binnenmarkts verbessern; die Kommission sollte ihr Möglichstes tun, um dafür zu sorgen, dass die von den Mitgliedstaaten gemäß den Steuerbefreiungen und -ermäßigungen nach der Richtlinie getroffenen Maßnahmen als mit den Regeln über staatliche Beihilfen vereinbar angesehen werden;
- die Mitgliedstaaten können umfassende Regelungen über staatliche Beihilfen mit allgemeinen Bestimmungen und Bedingungen, die die Behörden der Mitgliedstaaten bei der Gewährung von Beihilfen in Bezug auf die neue Energiebesteuerungsrichtlinie anwenden werden, zur Billigung anmelden. Nach der Genehmigung der Regeln müssen die einzelnen Fälle, in denen diese Regeln auf spezielle Sektoren oder Unternehmen angewandt werden, nicht mehr gemeldet werden;
- für Energieerzeugnisse sollten im Wesentlichen dann gemeinschaftliche Rahmenvorschriften gelten, wenn sie als Brennstoffe oder Kraftstoffe verwendet werden. Es lässt sich die Ansicht vertreten, dass aufgrund der Art und Logik des Steuersystems Energieerzeugnisse mit zweierlei Verwendungszweck sowie Energieerzeugnisse, die nicht als Brenn- oder Kraftstoff oder die für mineralogische Verfahren verwendet werden aus dem Anwendungsbereich der Rahmenvorschriften ausgenommen werden sollten. Die Mitgliedstaaten können dann Maßnahmen zur Besteuerung bzw. Nichtbesteuerung bzw. zur vollständigen oder teilweisen Besteuerung der einzelnen Verwendungsarten ergreifen. Elektrischer Strom, der auf ähnliche Weise verwendet wird, sollte ebenso behandelt werden. Derartige Ausnahmen vom allgemeinen System bzw. Staffellungen innerhalb des Systems, die sich durch die Art oder die allgemeine Regelung des Steuersystems rechtfertigen lassen, haben nichts mit staatlichen Beihilfen zu tun.

Der Rat erklärt zudem, dass er die Rechtslage, die sich mit der Annahme dieser Richtlinie in Bezug auf die Bestimmungen des Vertrags über staatliche Beihilfen ergibt, so einschätzt, wie sie von der Kommission in der Sitzung der Gruppe "Steuerfragen" vom 14. November 2002 dargelegt wurde."

ERKLÄRUNG 194/03

Erklärung des Rates

Emissionshandelssystem der Gemeinschaft

"Der Rat sagt zu, auf Vorschlag der Kommission steuerliche Maßnahmen wohlwollend zu prüfen, die die künftige Umsetzung eines Emissionshandelssystems der Gemeinschaft begleiten werden, damit insbesondere Fälle von Doppelbesteuerung vermieden werden können."

ERKLÄRUNG 195/03

Erklärung des Vereinigten Königreichs und Irlands

Zu Artikel 2 Absatz 5

"Das Vereinigte Königreich und Irland erklären, dass sie ausschließlich im Interesse einer Gesamteinigung über die Richtlinie bereit sind, dieser Regelung zuzustimmen, der zufolge der Verbrauchsteuerausschuss die in der Richtlinie über Energieerzeugnisse verwendeten Codes der Kombinierten Nomenklatur aktualisiert, ohne dass hierdurch der Geltungsbereich der Richtlinie oder irgendwelche Mindeststeuersätze verändert werden."

ERKLÄRUNG 196/03

Erklärung des Rates und der Kommission

Zu Artikel 4 Absatz 2

"Der Rat und die Kommission erklären, dass unter das Konzept der 'indirekten Steuern' nach Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie auch die der Finanzierung der sozialen Sicherheit dienenden Abgaben gehören, die beim Inverkehrbringen des Erzeugnisses direkt oder indirekt anhand seiner Menge berechnet werden."

ERKLÄRUNG 197/03

Erklärung der Kommission

Zu Artikel 7

- "Die Kommission erklärt, dass die in dieser Richtlinie ergriffenen Maßnahmen, die sich nur auf gemeinschaftliche Mindestsätze stützen, die Probleme der Wettbewerbsverzerrungen auf den Güterkraftverkehrsmärkten und ihre Folgen nicht lösen. Die sich hieraus ergebenden Verzerrungen müssen beseitigt werden.
- Der Rat sagt zu, auf Vorschlag der Kommission eine Anpassung der Gewichtsgrenze bei der Definition der 'kommerziellen Zwecke' wohlwollend zu prüfen, um eine Übereinstimmung mit den Gewichtsgrenzen in einer etwaigen künftigen Richtlinie zur Überarbeitung der Richtlinie über Straßenbenutzungsgebühren oder in einer neuen Richtlinie über die Anlastung der Wegekosten zu gewährleisten."

ERKLÄRUNG 198/03

Erklärung des Rates

Zu Artikel 12 Absatz 2

"Der Rat erklärt, dass die Mitgliedstaaten bei der Berechnung des Steuerbetrags nicht verpflichtet sind, die Menge anhand der Temperatur in jedem Einzelfall anzupassen, sondern vereinfachte nationale Verfahren verwenden können, um Temperaturschwankungen Rechnung zu tragen.

Anpassungen an die Standardtemperatur sind auf der Grundlage der von der internationalen Normenorganisation unter dem Bezug ISO 91/1 - 1982 bzw. einer anschließenden Überarbeitung veröffentlichten Tabelle zu berechnen."

ERKLÄRUNG 199/03

Zu Artikel 14 Buchstabe b

- "Alle Delegationen mit Ausnahme Irlands und Spaniens sowie die Kommission sind sich einig, dass Flugkraftstoff für die gewerbliche Verwendung im Interesse eines einheitlichen Steuersystems grundsätzlich auf derselben Grundlage wie alle anderen Kraftstoffe besteuert werden sollte. Es muss jedoch der Aspekt des Wettbewerbs mit Drittländern berücksichtigt werden, und Wettbewerbsverzerrungen mit sozioökonomischen Auswirkungen sind zu vermeiden. Alle Delegationen mit Ausnahme Irlands und Spaniens sowie die Kommission sind der Ansicht, dass eine geeignete Vorgehensweise darin bestehen würde, diese Frage weiter mit der ICAO zu erörtern, und dass für den Fall, dass eine Besteuerung derartiger Erzeugnisse auf internationaler Ebene gestattet wird, der Rat auf Vorschlag der Kommission darüber zu entscheiden hat, ob die Steuerbefreiung abgeschafft wird.
- Irland und Spanien können sich der Grundsatzposition zur Besteuerung von Flugkraftstoff, die in der obigen Erklärung dargelegt ist, nicht anschließen. Die Bedenken Irlands und Spaniens in Bezug auf die Besteuerung von Flugkraftstoff erwachsen aus der Randlage dieser Staaten, aus der Tatsache, dass ihre Bevölkerung weit verstreut angesiedelt ist, wodurch zusätzliche Transportkosten entstehen, sowie aus der Notwendigkeit, in der EU im Tourismusbereich gegenüber Drittländern wettbewerbsfähig zu bleiben."

ERKLÄRUNG 200/03

Erklärung des Rates

Zu Artikel 15 Buchstabe d

"Der Rat sagt zu, auf Vorschlag der Kommission eine gemeinsame Definition des Begriffs 'umweltverträgliche (oder hoch effiziente) Kraft-Wärme-Kopplung' wohlwollend zu prüfen, um für Übereinstimmung mit der 'Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung auf der Grundlage einer Nutzwärmenachfrage im Energiebinnenmarkt' zu sorgen."

ERKLÄRUNG 201/03

Erklärung der Kommission

Zu den Artikeln 15 und 16

"Die Kommission stellt fest, dass Deponiegase, Gase aus der Abwasseraufbereitung und Biogase unter die Definition von 'Biomasse' fallen."

ERKLÄRUNG 202/03

Erklärung des Rates und der Kommission

Zu Artikel 18

- "Der Rat und die Kommission erklären, dass die Ausnahmeregelungen für die Steuerbeträge bei gewerblich genutztem Dieselmotorkraftstoff in Frankreich und in Italien verlängert werden, um eine eingehende Analyse des Kommissionsvorschlags über gewerblich genutzte Dieselmotorkraftstoffe zu ermöglichen.
- Der Rat stellt angesichts der Bedürfnisse der Gütermotorkraftverkehrsbranche fest, dass diese Übergangszeit mit der Zusage des Rates verbunden ist, den Vorschlag der Kommission in Bezug auf gewerblich verwendeten Dieselmotorkraftstoff eingehender zu prüfen."

ERKLÄRUNG 203/03

Erklärung des Rates und der Kommission

Zu Artikel 21 Absatz 5

"Der Rat und die Kommission erklären, dass unter Verteiler bzw. Weiterverteiler die natürliche bzw. juristische Person zu verstehen ist, die für die Lieferung des Gases bzw. des elektrischen Stroms sorgt und die die Rechnung ausstellt bzw. ausstellen lässt."

ERKLÄRUNG 204/03

Erklärung der Kommission

Zu Artikel 24

"Die Kommission stellt fest, dass die Formulierung 'fest eingebauten Behälter, die die unmittelbare Verwendung des Treibstoffs ... ermöglichen' in Absatz 2 erster Gedankenstrich das Vorhandensein eines Sperrventils in der Verbindungsleitung zwischen einzelnen Standard-Kraftstoffbehältern nicht ausschließt."

OKTOBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2529. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 2./3. Oktober 2003 Entschließung des Rates über eine Strategie für die Zusammenarbeit im Zollwesen Dok. 10856/03 +COR 1 + COR 2 + REV 1 (sv) 2530. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 7. Oktober 2003 Beschluss des Rates zur Annahme von Änderungen der Artikel 3 und 7 der Währungsvereinbarung zwischen der Italienischen Republik, im Namen der Europäischen Gemeinschaft, und dem Staat Vatikanstadt, vertreten durch den Heiligen Stuhl, zur Ermächtigung der Italienischen Republik, diese Änderungen in Kraft zu setzen Dok. 12376/03 + COR 1 (en) 2531. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 9. Oktober 2003 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 70/156/EWG und 80/1268/EWG des Rates im Hinblick auf die Messung der Kohlendioxidemissionen und des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen der Klasse N₁ Dok. 5997/03 + COR 1 (pt) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 2532. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 13. Oktober 2003 Irak • Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Änderung der Gemeinsamen Standpunkts 2003/495/GASP zu Irak Dok. 12953/1/03 REV 1 • Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak Dok. 12954/1/03 REV 1	

OKTOBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Interinstitutionelle Vereinbarung "Bessere Rechtsetzung" Dok. 12175/03 + COR 1 (en,pt) 2535. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 20. Oktober 2003 Verordnung des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung von Mauritius über die Fischerei vor der Küste von Mauritius für die Zeit vom 3. Dezember 2002 bis 2. Dezember 2003 Dok. 12939/03 Verordnung des Rates zur Änderung der mit der Verordnung (EG) Nr. 769/2002 auf die Einfuhren von Kumarin mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführten Antidumpingmaßnahmen Dok. 12808/03 Entschließung des Rates zur Überführung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in reguläre Beschäftigung Dok. 13456/03 Schlussfolgerungen des Rates über die offene Koordinierungsmethode in Bezug auf angemessene und sichere Renten Dok. 13247/03 + REV 1 (fi) Entschließung des Rates über Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauenhandels Dok. 13328/03 + COR 1 (sv) 2536. Tagung des Rates (Umwelt) vom 27. Oktober 2003 Verordnung des Rates zur Annahme autonomer Übergangsmaßnahmen betreffend die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse mit Ursprung in Malta und die Ausfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse nach Malta Dok. 12431/03	

OKTOBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Furfurylalkohol mit Ursprung in der Volksrepublik China Dok. 13292/03 Eisen- und Stahlerzeugnisse - Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Regierung der Russischen Föderation über den Handel mit bestimmten Eisen- und Stahlerzeugnissen vom 9. Juli 2002 Dok. 12065/1/03 REV 1 - Verordnung des Rates zur Änderung des Beschlusses der Kommission vom 8. Juli 2002 über Beschränkungen der Einfuhr bestimmter Eisen- und Stahlerzeugnisse aus der Russischen Föderation Dok. 12044/03 Lebensmittelhygiene - Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelhygiene Dok. 10543/1/02 REV 1 + COR 1 (en) + COR 2 (fr) + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (sv) - Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs Dok. 5420/1/03 REV 1 + COR 1 (de,it,nl,da,el,es,pt,fi) + COR 2 (en) + COR 3 (fr) + COR 4 + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (sv) - Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs Dok. 11583/03 + COR 1 (fr) + COR 2 (fi) + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (sv) - Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates Dok. 11584/03 + ADD 1 + ADD 1 COR 1 (fr)	

OKTOBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Liberia - Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/357/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Liberia Dok. 13512/03 + COR 1 (fi) - Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2003 über restriktive Maßnahmen gegen Liberia Dok. 13513/03 Schlussfolgerungen des Rates zu einer europäischen Strategie für Umwelt und Gesundheit Dok. 13690/03	